

## **Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Oliver Berger, FDP): Mietermix in städtischen Liegenschaften**

In Immobilienlehrgängen wird die Praxis eines ausgewogenen Mietermixes gelehrt und dessen Wichtigkeit betont. Mit anderen Worten, je besser durchmischt eine Liegenschaft in Bezug auf die Bewohnerinnen und Bewohner (in Bezug auf Alter, Geschlecht, Einkommen, Wohnform [Einzelpersonen, Familien, WG] etc.) ist, desto weniger Konfliktpotential gibt es und desto besser funktioniert das Zusammenleben. Reklamationen zu Ruhestörungen, Lärm und Verschmutzung oder Streit um die Waschküche und den Rasenplatz werden dadurch zwar nicht verhindert aber minimiert. Eine gute Durchmischung ist auch wichtig, dass sich keine ungewünschten Cliques und Rivalitäten bilden.

In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat höflichst um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie sieht der aktuelle Mietermix in den städtischen Liegenschaften aus?
2. Wie gewährleistet der Gemeinderat eine gute Durchmischung in den städtischen Liegenschaften?
3. Sieht der Gemeinderat einen Handlungsbedarf, um einen noch bessere Durchmischung in den Quartieren und städtischen Liegenschaften zu gewährleisten? Wenn ja, welcher?

Bern, 05. November 2020

*Erstunterzeichnende: Oliver Berger*

*Mitunterzeichnende: Thomas Hofstetter, Ursula Stöckli, Dolores Dana, Bernhard Eicher, Barbara Freiburghaus*

### **Antwort des Gemeinderats**

*Zu Frage 1:*

Die Stadt führt keine Statistik über den Mieter\*innenmix betreffend Alter, Geschlecht, Einkommen, Wohnform, Herkunft, Staatszugehörigkeit, Religion, Behinderung usw. Der Gemeinderat kann die Frage daher nicht beantworten.

*Zu Frage 2:*

Immobilien Stadt Bern vermietet die Wohnungen gemäss einer Dienstanweisung, die Vermietungsgrundsätze und Belegungskriterien beinhaltet. In ihr ist festgehalten, dass die Wohnungen des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik einen Beitrag zur Durchmischung innerhalb der städtischen Quartiere zu leisten haben und die Wohnungsvergaben diskriminierungsfrei erfolgen müssen.

*Zu Frage 3:*

Nein.

Bern, 25. November 2020

Der Gemeinderat